

Für eine Wende in der Verkehrspolitik

Dieser Text ist ein Auszug aus einer Rede von Karl-Ludwig Kelber (*1932, † 2018) im Rahmen einer Festveranstaltung in Bremen. Karl-Ludwig Kelber war von 1986 bis 1998 ADFC-Bundesvorsitzender und hielt seine Rede am 9. Juni 1989 in der Oberen Rathaushalle. Vieles ist auch nach 30 Jahren noch erschreckend aktuell:

»Der ADFC fordert eine Wende in der Verkehrspolitik. Das Auto darf nicht länger das Maß aller Dinge sein. Zwar behaupten alle Politiker, der Mensch stehe im Mittelpunkt ihrer Arbeit. Wer aber zum Beispiel den Verkehrsfluss vor die Sicherheit der Verkehrsteilnehmer stellt, lässt den Menschen im Wortsinn unter die Räder kommen.

Wer so einfältige Sprüche ablässt wie „Nur gar kein Verkehr fordert überhaupt keine Opfer“, beweist Kaltschnäuzigkeit und die Unfähigkeit, zu trauern. Wer – wie es neuerdings geschieht – den Führerschein für Radfahrer fordert, kann nur in Kategorien von PS und Gaspedal denken. Der wird im Handumdrehen auch den Erlaubnisschein für Fußgänger einführen wollen. Beides käme dann einer Ausgangssperre für weite Teile der Bevölkerung gleich. Und das im Namen der Freiheit, die angeblich durch das Auto symbolisiert wird.

In solch eine Sackgasse gerät, wer ein Verkehrsmittel zum Abgott hochstilisiert. Wir wissen, dass Freiheit etwas anderes bedeutet, als zwischen Holzkirchen und dem Inntaldreieck hinter einer Lärmschutzwand im Stau zu stehen.

Wir wollen, dass Politiker und Meinungsbildner ihren Auftrag erfüllen und Ihrer gesellschaftlichen Funktion nachkommen. Das heißt: Sie sollten sich nicht dem neuerdings besonders grassierenden Populismus hingeben und egoistischen Minderheiten nach dem Mund reden. Dabei gehen sie, wie wir aus demoskopischen Befunden wissen, einer Fehleinschätzung auf den Leim. Die Bürger dieser Republik sind unter dem Eindruck der Fakten und der auf uns zukommenden Bedrohungen längst einsichtiger, als viele Politiker glauben.

Eine breite Mehrheit wünscht eine Förderung des Fahrradverkehrs und des Öffentlichen Verkehrs sowie eine Zählung des seit Jahren hemmungslos geförderten Autoverkehrs. Nur eine Minderheit von 19 Prozent will das Gegenteil. Aber die Politiker, die Planer, die Verkehrsrichter und natürlich die Lobbyisten gehören dieser Minderheit in der Regel an. Der Gruppe der Männer zwischen 30 und 55, die die Verkehrswelt vornehmlich aus der Windschutzscheibenperspektive erleben. Viele von ihnen verfügen auch noch über einen Fahrer und kennen die Realität überhaupt nicht aus eigenem Erleben. Sie urteilen aufgrund eines Zerrbilds, das mit der Wirklichkeit wenig bis nichts zu tun hat, unter der aber Kinder und Alte, Behinderte und Frauen, Fußgänger und Radfahrer zu leiden haben.

Wir wollen, dass Politiker Fakten zur Kenntnis nehmen und die Einsichten, die ihnen die Verkehrswissenschaft anbietet. Wenn man wissen könnte, weil es empirisch bewiesen ist, dass der zusätzliche Straßenneubau nur alle Straßen noch voller macht und dass neue Garagenbauten die Probleme in den Städten verschärfen statt sie zu lösen, müsste man eigentlich das Ruder herumwerfen.

Und wenn man wissen könnte, weil auch dies nachgewiesen ist, wie lebenserhaltend sich Geschwindigkeitsbegrenzungen auf allen Straßen auswirken, dann muss man schon sehr hartgesotten sein, um Tempolimits kategorisch abzulehnen.

Wir wollen, dass Politiker neue Ziele aufzeigen statt unter dem Druck einer wachsenden Sehnsucht nach weniger Hektik, weniger Lärm, weniger Unsicherheit, weniger Schadstoffen hinter einer unaufhaltsamen Entwicklung herzuhinken. Das Gehirnschmalz, das sie und gewisse Fachleute in die Entwicklung einer übersteigerten Verkehrstechnik, in angeblich intelligente Leitsysteme oder von außen beeinflussbare Tempodrosselungen investieren, sollten sie aufwenden, um phantasievoll und mitreißend die Bürger zu einem neuen Verhalten zu bewegen.

Wir brauchen nicht raffiniertere Autos und Verkehrssysteme, sondern eine andere Verkehrsmoral. Wir sind es leid, immer nur zu hören, diese oder jene Einschränkung werde von den Verkehrsteilnehmern nicht angenommen. Diese von vielen nachgeplapperte Behauptung ist in Wahrheit die Aufforderung, zum Beispiel Tempobeschränkungen zu missachten. Unsere Politiker gehören eigentlich an die Spitze einer großen Kampagne für mehr Sicherheit, die einfallsreicher sein muss als das, was sich der autofixierte Deutsche Verkehrssicherheitsrat bisher ausgedacht hat.

Wir wollen, dass dem Fetisch „Schneller und weiter“ abgeschworen wird. Der Sonntagsausflug muss nicht 300 Kilometer weit führen. Der Urlaub ist nicht nur in Übersee attraktiv, wo man dann doch nicht mehr sieht als das Hotel und den Strand. Die unselige Ideologie des Schneller und Weiter erhält zu allem Überfluss auch noch kirchliche Weihen. Dass der Gottesdienst im Intercity zwischen Hamburg und Bremen vor wenigen Wochen bei Tempo 200 stattgefunden hat, wurde ausdrücklich betont. „Schneller, mein Gott, zu Dir“ titelte eine Zeitung sarkastisch.

Wir wollen, dass uns die Politiker mit gutem Beispiel vorangehen. Erblickt man in Bonn eine Nobelkarosse, die besonders durch die Straßen jagt, sitzt häufig ein Politiker drin, der seinen Fahrer antreibt. Es genügt nicht, im Wahlkampf mit erhobener Fahrrad-Hosenklammer vor das Volk zu treten. Nein, wir wünschen uns einen Umweltminister, der vormacht, was er anderen empfiehlt, statt sich täglich zwischen Mainz und Bonn mit dem Auto hin und her kutschieren zu lassen. Dafür hat sein Fahrer jetzt auch noch das Bundesverdienstkreuz erhalten.

Und froh wären wir auch, wenn einem neuen Verkehrsminister auf die Frage nach seiner Qualifikation für dieses Amt mehr einfiel als der Hinweis, er sei in seiner Jugend Motorsportler gewesen. Zumal der Sport auf der Straße überhaupt nichts verloren hat. Und der Begriff Motorsport ein Widerspruch in sich ist.

Wir wollen, dass unsere Werte- und Verfassungsordnung nicht nur in Sonntagsreden bejubelt wird, sondern dass sie auch im Alltag und auch in der Verkehrspraxis Gültigkeit besitzt.

Wer hohe Strafen für Temposünder mit der Begründung ablehnt, damit würden sie zu Straftätern gemacht, stellt unsere Rechtsordnung auf den Kopf. Zum Straftäter macht sich der Raser, der anderer Leute Gesundheit und Leben bedroht, selbst. Die Berliner Opposition hat dieser Absurdität des Denkens die Spitze aufgesetzt, als sie die Einführung von Tempo 100 auf der Avus als Folterwerkzeug aus der Horrorkammer bezeichnete. Das ist nicht nur eine unappetitliche Verharmlosung der Folter gegen Andersdenkende. Hier werden auch noch Täter und Opfer verwechselt.

Wir wollen, dass nicht länger wider besseres Wissen behauptet wird, Hausbesetzer gingen strafloser aus als Falschparker. Denn tatsächlich werden Falschparker nur in Ausnahmefällen belangt. Eigentumsdelikte wiegen hierzulande vielfach schwerer als Handlungen, die sich gegen Mitmenschen wenden. Unsere Verwaltungsgerichte haben die Rechtsprechung in eine bedenkliche Richtung entwickelt. Da urteilt zum Beispiel ein Oberverwaltungsgericht, dass ein falschgeparktes Auto aus Gründen der Verhältnismäßigkeit erst dann abgeschleppt werden darf, wenn zwischen Blech und Hauswand weniger als 55 Zentimeter Platz ist.

Wir sollten der Schweiz nacheifern, die jetzt generell bestimmt hat, dass auf Gehwegen allenfalls dann am Rand geparkt werden darf, wenn für die Fußgänger noch mindestens 1,50 Meter zu Verfügung stehen.

Wir wollen, dass darüber diskutiert wird, ob unsere heutige Verkehrswirklichkeit noch im Einklang steht mit den Grundrechten, die uns die Verfassung garantiert. Wie steht es denn mit dem Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit, welche Artikel 2 garantiert? Muss nicht jedes Mittel ausgeschöpft werden, diesen Anspruch zu erfüllen? Zwar gibt es einen Gesetzesvorbehalt, damit kann aber unmöglich gemeint sein, was wir uns leisten zu können glauben.

Und was ist mit Artikel 1 des Grundgesetzes? „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“ Ich meine: Die Menschenwürde bleibt auf der Strecke, wenn wegen der erwähnten 55 Zentimeter zwei alte Leute sich nicht mehr gegenseitig stützen können, wenn Mütter und Kinder nicht mehr Hand in Hand gehen können, wenn Liebespaare ihre Umarmung lösen müssen, weil sie alle in ihrer unmittelbaren Wohnumgebung zum Gänsemarsch genötigt werden.

Es ist auch nicht mit der Menschenwürde zu vereinbaren, wenn man wegen des Lärms und der Schadstoffe sein Schlafzimmerfenster nicht mehr öffnen kann.

Und ich möchte noch einen Schritt weitergehen. Kürzlich hat ein Pater in Jülich angeregt, die Einnahmen aus gebührenpflichtigen Verwarnungen von Falschparkern rings um die Kirche am Sonntagmorgen zwischen Stadt und Pfarrei zu teilen. Während er predigte, musste er übrigens selbst zur Kasse gebeten werden. Äußerte sich da nur ein rheinischer Spaßvogel oder hat ein Gottesmann übersehen, dass Falschparken auch ein Verstoß gegen das große christliche Gebot der Nächstenliebe ist?

Wir wollen, dass ein großes Gespräch in unserer Gesellschaft darüber geführt wird, wie wir dahin kommen können, im Verkehr menschenwürdig miteinander umzugehen. Radfahrer sprechen ohnehin miteinander. Sie verständigen sich nicht mit der Hupe oder mit Gesten, die an die Zeiten erinnern, in denen unsere Vorfahren noch auf den Bäumen saßen. Wir appellieren an die Verantwortlichen in der Politik und in den Verbänden, aber auch in den Kirchen, Gewerkschaften und allen anderen Einrichtungen, die Einfluss haben auf das Klima in diesem Land, das Chaos nicht als gegeben hinzunehmen, sondern für eine große Wende einzutreten.